

## Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**26. September  
2023**

1. Nach CORRECTIV-Recherche: Bleibt der Sulfat-Deal der LEAG geheim?
2. Kraftwerk Jänschwalde: Statt „ein Betonteil“ nun „Asche-Silo zusammengebrochen“
3. Musiker\*innen setzen ein Zeichen gegen Abaggerung privaten Waldes
4. Bergamt will Sicherheitskorridor um den Cottbuser Ostsee
5. Wald-Skandal und Rückschlag für LEAGs „GigaWattFactory“
6. Ministerium geht auf Abstand zur UBA-Studie

### 1. Nach CORRECTIV-Recherche: Bleibt der Sulfat-Deal der LEAG geheim?

Das Recherchekollektiv Correctiv veröffentlichte am 23. September den Artikel [„Verschmutztes Wasser: KohleKonzern zahlt Schweigegeld“](#) über den Vergleich, den der Frankfurter Wasserversorger FWA im März mit der LEAG schloss. Zuvor war Frankfurt gegen die Flutung des LEAG-Tagebaues Cottbus-Nord als Cottbuser Ostsee bis vor den Europäischen Gerichtshof gezogen, weil das Vorhaben die Sulfatbelastung des Frankfurter Trinkwassers erhöhe und zu Mehrkosten für seine Wasserkunden führe. Kurz vor einem Urteil wurde die Klage gegen Zahlung von 5 Millionen Euro zurückgezogen.

Nun steht die Frage im Raum, ob die Frankfurter Stadtwerke bei diesem Vergleich verpflichtet wurden, auch über künftige Sulfatprobleme wie etwa aus dem Tagebau Nochten zu schweigen und nie wieder rechtlichen Schritte einzuleiten. So eine Vereinbarung wäre mit der Verantwortung für die Trinkwasserversorgung als öffentliche Daseinsvorsorge unvereinbar.

LEAG und Frankfurt(Oder) widersprachen der Correctiv-Recherche umgehend, allerdings ohne den Wortlaut ihrer Vereinbarung offenzulegen. Zu der ist schon seit Juli eine [Anfrage der Plattform FragdenStaat](#) anhängig, die jedoch nicht innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist beantwortet wurde.

Die Veröffentlichung seiner Rechercheergebnisse hatte Correctiv erstmals mit einer Theaterpremiere verbunden: Sie wurden während der Premiere des Stückes ["Das Kraftwerk"](#) von Calle Fuhr am Staatstheater Cottbus freigeschaltet. Das Stück steht bis März 2024 noch mehrfach auf dem Spielplan.

### 2. Kraftwerk Jänschwalde: Statt „ein Betonteil“ nun „Asche-Silo zusammengebrochen“

Nach der [Havarie vom 10. September](#) ist nun offenbar Block C des Kraftwerkes Jänschwalde wieder am Netz, weil eine mobile Bandanlage zur Entsorgung der Asche aufgebaut wurde. Das berichtete die [Lausitzer Rundschau vom 22.09.2023](#). Wann auch Block D wieder ans Netz gehe sei noch nicht bekannt. Zugleich änderte sich die

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0151) 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Sprachregelung von „einem Betonteil“, dass auf die Gleise der Ascheverladung gefallen sei auf ein „mächtiger Betonsilo zur Asche-Verladung“ sei zusammengebrochen. Unklar ist offenbar, wie sicher die Betonsilos der Werke 1 (Blöcke A und B) und 3 (Blöcke E und F) eigentlich stehen, da sie alle baugleich in den 1980er Jahren errichtet wurden. Die Prüfungen dazu dauern laut LEAG an. Während für den Autor des Lausitzer Rundschau-Artikels hier die Versorgungssicherheit ganz Deutschlands in Frage steht, findet sich auf der Internetseite der LEAG keine Pressemitteilung zur Havarie.

### 3. Musiker\*innen setzen ein Zeichen gegen Abbaggerung privaten Waldes

Am 24. September spielte das Kunstkollektiv „Lebenslaute“ im bedrohten Wald bei Rohne. Die Künstler\*innen der Berlin-Brandenburger Regionalgruppe erklärten sich damit solidarisch mit dem Widerstand der Eigentümer\*innen gegen die Abbaggerung des Waldes für den Tagebau Nochten. Die Gäste erlebten nicht nur ein Musikprogramm, das von Telemann bis Rio Reiser reichte, sondern auch einen Wechsel von Instrumentalmusik und Gesang. Zum Abschluss wurde sogar zum Tanz aufgespielt. Bei der Veranstaltung wurde auch für das aktuelle Filmprojekt der sorbischen Künstlerin Maja Nagel gefilmt. Erst am Montag zuvor hatte am sächsischen Oberbergamt die [mündliche Verhandlung zur von der LEAG beantragten Enteignung](#) stattgefunden. Der [Spendenaufwurf für eine möglicherweise nötige Klage](#) gegen die Enteignung hat in den ersten knapp zwei Wochen bereits mehr als 1.400 Euro gesammelt. (Fotos: [www.ideengruen.de](http://www.ideengruen.de) | Markus Pichlmaier)

### 4. Bergamt will Sicherheitskorridor um den Cottbuser Ostsee

Am 19. September [berichtete die Lausitzer Rundschau](#), das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) empfehle am Cottbuser Ostsee dringend einen Sicherheitskorridor von 50 bis 75 Metern vom geplanten Ufer frei von Bebauungen zu lassen. Die Leag selbst wolle lediglich „versuchen, die im Planfeststellungsbeschluss definierten Ufer zu halten“. Arbeiten im Bereich des Auslaufbauwerkes, die bisher 2026-28 geplant waren, werden um vier Jahre nach hinten verschoben, weil ein bestimmter Wasserstand abgewartet werde. Das Ufer bei Schlichow werde über zwei Jahre neu gestaltet, wozu unter anderem eine Rütteldruckverdichtung nötig sei. Diese findet sonst vor allem auf der gekippten Seite der Tagebauseen Anwendung. Die Verdichtungsarbeiten in direkter Nachbarschaft zum Ort drohen nun zu Schäden an den Häusern zu führen. Gutachter sollen die Bausubstanz nun vor Beginn der Arbeiten erfassen.

Der Cottbuser Ostsee sollte ursprünglich innerhalb von 4-6 Jahren ab Ende 2018 gefüllt sein und wurde zum größten Strukturwandelprojekt der Stadt Cottbus aufgebaut. Damit wurden Millionen Euro öffentlicher Gelder in den Aufbau touristischer Infrastruktur gelenkt (die der Tagebaubetreiber nicht finanziert), was offenbar auch die Begeisterung für Hinterlassenschaften des Bergbaus hoch halten sollte. Spätestens jetzt ist die verordnete Begeisterung einer breiten Ent-Täuschung gewichen.

Das Seewasser stehe mit 57,9 m NHN noch zwei Meter unter dem Wasserstand (59,8 m NHN) bei dem sich eine geschlossene Wasserdecke über die gesamte Fläche von 1.900 Hektar ausbildet. Das war ursprünglich für Ende 2022 angekündigt. Die LEAG hat ihre Ankündigung der See werde seinen Endwasserstand 2025 erreichen inzwischen auf „noch in diesem Jahrzehnt“ korrigiert.

Die von LEAG-nahen Gutachtern aktuell verstärkt propagierte Speichernutzung des Ostsees würde auch dem Unternehmen wirtschaftlich nutzen: Man geht offenbar davon aus, dass der See (und dessen Folgekosten?) dann in Trägerschaft des Landes wechseln würde. Da Speicher regelmäßig aus der Spree nachgefüllt werden, würde es dann auch gar nicht mehr auffallen, wenn der von der LEAG behauptete Grundwasserzustrom zum See von Anfang an zu hoch angesetzt gewesen wäre...

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0151) 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

## 5. Wald-Skandal und Rückschlag für LEAGs „GigaWattFactory“

LEAG will Herstellung von Waldflächen auf unbestimmte Zeit verschieben

Bei der Sitzung des Brandenburgischen Braunkohlenausschusses am 14. September 2023 präsentierte ein Vertreter der LEAG erstmals die konkreten Vorstellungen des Konzerns zur Gewinnung von erneuerbarem Strom auf Kippenflächen. Er erhielt Gegenwind von mehreren Seiten.

Für Kopfschütteln unter den Ausschussmitgliedern sorgte, dass die LEAG für ihre „GigawattFactory“ offenbar eingeplant hat, die in den Braunkohlenplänen festgelegten Waldflächen vorerst nicht herzustellen, sondern dort erst einmal für unbestimmte Zeit Photovoltaikanlagen zu errichten. Lediglich bereits aufgeforstete Flächen seien bei der Potenzialanalyse ausgenommen gewesen. Der Braunkohlenbergbau ist in Brandenburg der einzige Landnutzer, der im großen Stil Wald umwandeln darf, ohne umgehend Ersatz schaffen zu müssen. Nun soll offenbar auch der Ersatz auf der Jahrzehnte nach der Abbaggerung entstehenden Kippe nochmal um weitere Jahrzehnte verschoben werden. Ohne diese Flächen scheint das Unternehmen nicht auf die angekündigten 7 Gigawatt bis 2030 (und 14 GW bis 2038) kommen zu können. Auf Tagebaukippen wieder entstehende Wälder stellen auch einen Beitrag zum „natürlichen Klimaschutz“ dar, da sie dauerhaft Kohlendioxid binden.

Im Laufe der Sitzung des Ausschusses wurde auch ein Vertreter des für Infrastruktur zuständigen Landesministeriums zugeschaltet. Dieser stellte klar, dass die Länder Brandenburg und Sachsen keine Landesverordnung zum Ausbau Erneuerbarer Energien auf den Kippen von Braunkohlentagebauen erlassen werden. Die mit dem neuen § 249b des Baugesetzbuches angestrebte Beschleunigung der Entscheidungen sei in der Praxis gar nicht erreichbar. Die LEAG hatte sich Ende 2022 stark für eine solche Regelung im Bundesgesetz eingesetzt. Für Solarparks auf der Kippe sind nun weiterhin Bebauungspläne der jeweils betroffenen Kommunen notwendig.

## 6. Ministerium geht auf Abstand zur UBA-Studie

Das Brandenburgische Umweltministerium ging in der Sitzung des Braunkohlenausschusses am 14. September deutlich auf Distanz zur Wasserstudie, die das Umweltbundesamt bei LEAG-nahen Gutachtern in Auftrag gegeben hatte. Sie sei nicht als Entscheidungsgrundlage geeignet, die Länder zudem nicht ausreichend in den Prozess der Erstellung einbezogen gewesen, sagte der zuständige Referatsleiter in der Sitzung des Ausschusses. Zur Notwendigkeit und Machbarkeit zusätzlicher Speicher würden die Länder konkretere eigene Studien beauftragen, berichtet auch die [Berliner Morgenpost](#). Nach der ausführlichen [Stellungnahme der GRÜNEN LIGA](#) hatten bereits mehrere weitere Umweltverbände hatten die Studie scharf kritisiert.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0)151 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--